

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Samstag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: 12 Pf. monatlich 2 50 Mark; durch die Post bezogen 2 00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Kommunistischer Verlag, Halle, Postfach 1111. Telefon 1111.

Abbestellungspreis: 12 Pfennig für den Abnehmer. Halle und Magdeburg: 20 Pfennig für den Abnehmer. Leipzig: 25 Pfennig für den Abnehmer. Telegraf: „Klassenkampf“ Halle. Postamt: Halle. Postfach 1111. Telefon 1111.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Donnerstag, 3. März 1927

7. Jahrgang + Nr. 52

Der XI. Parteitag der KPD.

Im Zeichen kommunistischer Selbstkritik

(Von unserem zum Parteitag entsandten Betreuer)

Halle, 2. März.

Der Parteitag hat heute seine Arbeiten aufgenommen. Nach den Begrüßungsreden der verschiedenen Bruderparteien und befreundeter Organisationen, nach Verlesung der Begrüßungsschreiben, von denen besonders die Telegramme des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, unserer russischen Bruderpartei, sowie der revolutionäre Kampfesgruß der Betriebsräte Deunans und Karkhanavichs Erwähnung verdienen, tritt der Parteitag in die sachlichen Beratungen ein.

Zwei Referate füllten den Tag aus: Genosse Dengel erstattete den wichtigsten Bericht über die Arbeit der KPD, Genosse Thälmann hat das Referat über die politische Lage und die Aufgaben der Partei.

Zwei Referate — die aber ein sinnvolles Ganze bilden. Ein einheitlicher Zusammenhang verband sie, eine einheitliche Linie hob sich aus allen Einzelfragen und Problemen heraus: diese Linie sei hier aufgezeichnet.

Die Fragestellung des Genossen Dengel lautet: inwiefern hat die Partei die Forderungen, die im Offenen Brief des ZK der KPD vom 10. Parteitag erhoben wurden, erfüllt? An der Hand dieser Fragestellung entwirft Dengel ein Gesamtbild von der Entwicklung der Partei seit dem Offenen Brief. Eine Bilanz der Arbeit der Partei. Aber keine Scheinbilanz, kein halbeschüssiges, kenne die Partei. Unter Berücksichtigung der Kommunistischen Internationale, die Frage der innerparteilichen Demokratie, unsere politische Erziehungsarbeit, und die Hauptfrage: die großen im Zeichen der Einheitsfrontpolitik geführten Bewegungen werden vom Genossen Dengel eingehend beleuchtet. Kein Scheitern, die Mängel und Schwächen werden sogar härter bezeichnet, als die Erfolge. Und so. Denn die Erfolge sind ja be-

kannt und sprechen für sich. Freilich wird es auch nötig sein, in der Diskussion die Kritik von der notwendigen allgemeinen Form in konkrete Formen zu überleiten. Das ist die Aufgabe der Bezirke, die ihre Redner stellen werden.

Thälmann spricht. Ein großzügiges, sorgfältig durchgearbeitetes Referat. Man begriff die Wichtigkeit nicht der allgemeinen Linie, sondern auch der besonderen Formulierungen. Trotz der langen Dauer (drei Stunden) wird das Referat von den Delegierten bis zum Ende mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen. Die großen Grundfragen werden scharf herausgearbeitet. Hier bietet sich Platz für Einzelkritiken für willkürliche falsche Auslegungen. Die Generallinie der Partei wird aufgezeigt. Mancher Delegierte denkt zunächst: das und das habe ich ja schon oft gehört, das ist ja nichts neues. Aber am Ende wird es doch allen klar, daß in diesem Gesamtzusammenhange auch das schon früher Gesagte eine neue Betonung und Bedeutung erhält. Der Sinn unserer Einheitsfrontpolitik wird noch einmal prägnant. Die Bedingung für ihre Durchführung war der Sieg der Partei über die Ultralinken. Thälmann formuliert: „Der Sieg über die Ultralinken hat eine historische Bedeutung in der Geschichte der Partei. Ohne diesen Sieg wäre die Partei ein Werkzeug in den Händen der Feinde der Sozialdemokratie.“

Man alle wünschenswerten Arbeiten wird auch gesagt: „Niemanden irgendwelche Konzeptionen auch gegenüber dem Opportunismus von rechts.“ Wir haben gelernt aus 1923.

Es liegt an uns, es liegt an der Partei, das Tempo der revolutionären Entwicklung zu beschleunigen. Es ist nicht viel Zeit zu verlieren. Diese Schlussfolgerungen bestimmen die Generallinie der Partei.

Seht gilt es, auf die Tagesfragen in ihrer allseitigen Mannigfaltigkeit einzugehen.

Morgen haben die Bezirke das Wort!

Wählt Klassenbewußte Betriebsräte

Wir entnehmen diesen Ausschluß dem „Arbeiter“, der die Betriebsrätegewählung der Klassenbewußten Betriebsräte. Der „Arbeiter“ ist für den Preis von 50 Pf. vierteljährlich bei der Post zu bestellen.

K. B. Die Betriebsrätemahlen finden in diesem Jahre unter dem Beginne des offenen Reichstages, unter der Regierung der Junker und Schlotbarone statt. Diese Zustände gibt allen Arbeitern Anlaß, bei den Betriebsrätemahlen jede Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen:

1. Welche sozialen Voraussetzungen und welche Anforderungen für die Position der Arbeiter in den Betrieben muß die Entscheidung haben, und was muß gefehlt, um mit Erfolg gegen sie zu kämpfen?

2. Wie konnte es so weit kommen, und welche Politik ist notwendig, um die Diktatur der Kapitalisten zu brechen, statt die Arbeiterklasse wie bisher durch die Sozialdemokratie zur Passivität und zur Unterwerfung der kapitalistischen Diktatur zu führen?

Die Regierung des offenen Reichstages wird auf sozialdemokratischen Gebiete zwar rechtlich neuem bringen — das hat bei der seit Jahren vorhandenen gegenrevolutionären Regierungspolitik nicht nötig — aber sie wird das, was von den früheren Regierungen bereits an reaktionären, arbeitereindlichen Maßnahmen eingeleitet wurde, noch brutaler durchzuführen. In Anbetracht der Situation des Sozialismus nach härter als bisher ist die Unternehmerrückwärtsentwicklung eingeleitet worden. Das kapitalistische Schließungswesen, welches durch die sozialdemokratische Politik zum entscheidenden Faktor in der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geworden ist, wird noch folgenreicher und länderweit in Anbetracht der Situation des Sozialismus nach härter als bisher ist die Unternehmerrückwärtsentwicklung eingeleitet worden. Das kapitalistische Schließungswesen, welches durch die sozialdemokratische Politik zum entscheidenden Faktor in der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geworden ist, wird noch folgenreicher und länderweit in Anbetracht der Situation des Sozialismus nach härter als bisher ist die Unternehmerrückwärtsentwicklung eingeleitet worden.

Die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung haben die Massen zu einem wirtschaftlichen Kampf gegen die Regierung der Kräfte und Schlotbarone nicht angereizt. Ihre ganze Haltung in der Vergangenheit und Gegenwart zeigt, daß sie auch unter der unerhörten Reichsregierung die Arbeiterschaftspolitik fortsetzen wollen. Sie werden Scheinopposition machen, aber sie werden ebenso wie bisher alle Entscheidungen der von den Unternehmern geleiteten kapitalistischen Schließungswesen passiv hinnehmen. Die Arbeiterbewegung in mitteldeutschen Braunkohlengruben muß alle Bestrebungen der letzten Zeit beweisen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auch unter der Regierung des Bloßes der Kräfte und Schlotbarone nicht an die Durchführung einer großen Kampfe denken, daß sie es ablehnen, mittels der ganzen Macht der Gewerkschaften in Massenkämpfen gegen die Bourgeoisie einzutreten.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben auch im vorletzten Jahre nicht das geringste zur Zusammenfassung der Betriebsräte getan, damit diese als aktiver Kampffaktor der Arbeiterbewegung dienen können. Einige Fabrik- und Trüffelbetriebe der Betriebsräte, welche von den Gewerkschaften organisiert wurden, brachten keine feste Zusammenfassung dieser Betriebsräte und wurden unpolitisch, oft nur mit Themen über Lohn und aufgezogen.

Somit die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nach dem Zustandekommen der Reichsregierung vom 1. April und dem 1. März 1927, unter dem Gesichtswinkel der Parteitagung zur Vorbereitung der nächsten Reichstagswahl.

Aus alledem ergibt sich, daß die heutige Arbeiterklasse, wenn sie sich nicht politisch, gewerkschaftlich und sozial immer tiefer herabdrücken lassen will, wenn sie den Sinn der Entwicklung des zum Bürgerrecht verliert,

zur Selbsthilfe greifen

muß, d. h. zur Organisierung der kampffähigen, revolutionären Front der Arbeiter in den Betrieben und der Erwerbslosen mit Veranlassung aller Verfassungen. Die Arbeiterschafts- und Koalitionspolitik der Sozialdemokratie hat die Bourgeoisie erst die Möglichkeit gegeben, wieder so froh aufzutreten, wie das heute geschieht. Die Arbeiterschaftspolitik war aber nur möglich, weil breite Massen der Arbeiterschaft bis heute noch nicht die Kraft und Erkenntnis gewonnen haben, um gegen die sozialdemokratische Politik in den Reihen der revolutionären Opposition zu kämpfen. Viele haben die Gewerkschaften verlassen, lassen indifferent bleiben und lassen behaupten der Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Arbeiterschaftspolitikern. Angesichts der offenen Reichsregierung als Resultat der sozialdemokratischen Arbeiterschaftspolitik und als neue Etappe in der Zurückdrängung und Niederwerfung des Proletariats durch die Bourgeoisie gilt es, einen entscheidenden Schritt vorwärts zu machen in der Vorbereitung und Einleitung breiter Massen, die bisher passiv die sozialdemokratische Arbeiterschaftspolitik gelassen liegen.

Die Betriebsrätemahlen sind bei der Bedeutung der Betriebsräte als Zentrale der Gesamtarbeiterschaft in den Betrieben und als wichtige gewerkschaftliche Funktionen ein Ereignis, bei dem sich zeigen muß, welche Fortschritte die Klassenbewusstheit ge-

Der Schiedsspruch für die Frankfurter Chemiewerker angenommen

Die Chemiewerker fordern Kampf

(Eig. Meld.) Frankfurt a. M., 2. März.

Der Schiedsspruch für Section 7 der chemischen Industrie, für den eine Erläuterung bis zum 25. Februar gestellt war, ist von 52 den Parteien an diesem Tage angenommen worden. Das wurde die Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister bestätigt. Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben den vollständig eingehenden Schiedsspruch mit einer Vornahme abgelehnt, die bis zum 28. Februar 1927 gilt, und in welchem eine einwirkende Mietserhöhung bis zu 20 Prozent schon mit abgelehnt ist, ohne weiteres akzeptiert.

Durch die Annahme dieses Schiedspruches werden die Gewerkschaften, in Einheitsfront mit dem Unternehmertum, die umfassende und gescheiterte Kampffront, welche durch die Tarifkündigungen im badisch-pfälzischen, mitteldeutschen sowie links- und rechtsrheinischen Gebiet geschaffen ist, gesprengt. Der Beschluß der Opposition, die Annahme des Schiedspruches für das Frankfurter Gebiet mindestens so lange zu verhindern, bis ersichtlich ist, welches Ergebnis für die anderen Gebiete herauskommt, wurde in sich widersprechender Weise von der reformistischen Verbandsbürokratie in den Wind geflogenen. So ist die Möglichkeit, durch Steigerung des Druckes der Chemiewerker den Schiedsspruch für das Frankfurter Gebiet zu verwerfen, verfehlt worden. Es besteht damit die Gefahr, daß die Lohnergebnisse in den übrigen Tarifgebieten nur noch schlechter ausfallen. Um das zu verhindern, muß jeder Chemiewerker unbedingt dafür sorgen, daß die Lohnbewegung noch mehr gesteigert und die Aktivität der Arbeiterschaft gehoben wird. Die Gewerkschaftsführer müssen gewonnen werden, am 31. März die Gründung des Arbeitersolidaritätsbundes in der chemischen Industrie herbeizuführen.

Von der am kommenden Sonntag in Halle tagenden Konferenz des Reichsarbeiterverbandes (Section Chemie) erwartet die Arbeiterschaft, daß auf Grund der Frankfurter Ereignisse und im Interesse der mitteldeutschen Arbeiterschaft die Frage der gewerkschaftlichen Kampfesstrategie erneut gründlich aufgearbeitet und umfassend im Reich vorgetragen wird. Was früher, als der mitteldeutsche Bezirk noch nicht die zentrale Bedeutung für die Chemieindustrie hatte, möglich war, muß auch heute wieder geschehen. Die Forderung der Gesamtarbeiterschaft, den Lohnkrieg zu kündigen und den Kampf um mindestens 25 Prozent Lohnsteigerung ernstlich zu organisieren, ist der Ausgangspunkt für die Konferenz.

Die Berliner Agfa-Funktionäre für Tarifkündigung

Berlin, 2. März.

Die am 22. Februar stattgefundene Funktionärskonferenz der Agfa-Fabrikantenindustrie A.-G., West-Kreuzberg (Agfa) fordert, da ein großer

Teil Anträge der freigebergesellschaftlich organisierten Kollegen eingegangen sind, die sofortige Einberufung einer Chemiewerkerkonferenz und anschließend hieran eine allgemeine Funktionäreversammlung des Chemiewerker, in der schloßens zur Kündigung des Lohnschlusses Einigung genommen und eine 10prozentige Lohnsteigerung gefordert wird.

Gleichfalls ist der § 2 des Reichsarbeitsgesetzes über das Arbeitsverhältnis zu kündigen und die Arbeitsverhältnisse zu dem sich hierbei entwickelnden Kampf um den Achtstundentag zu treffen.

Auch im Buchdruckgewerbe Schiedspruchsaufnahme

Berlin, 2. März.

Das Zentral-Schlichtungsamt in Berlin hat gestern nacht für das Buchdruckgewerbe einen Schiedsspruch gefällt, der den Spitzenlohn vom 1. April bis 30. September d. J. auf 61,50 Mk. und vom 1. Oktober auf 62,50 Mk. festsetzt, wozu Mietserhöhungen als abgezogen anzusehen sind (!). Die Regelung gilt bis zum 31. März 1928. Beide Parteien haben den Schiedsspruch angenommen, der damit am 1. April in Kraft tritt.

Der Tarifkonflikt im Bantgewerbe

Berlin. Nach einer Mitteilung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bantangehörigen hat sein Zentralamt in einem Schreiben an das Reichsarbeitsministerium den Schiedsspruch vom 28. Februar d. J. abgelehnt, da sein Inhalt nicht geeignet erscheine, den Tarifkonflikt im Bantgewerbe zu beilegen.

Für Aufstundentag und höheren Lohn

Die Direction der Reichsbankverleiher verweigert den am Sonnabend gefällten Beschluß der Reichsbank, die mit übergroßer Mehrheit beschlossen hatte, jede Ueberstunde abzulehnen, unzulässig. Die zu dem Zwecke der normalen Stellungnahme zum 1. März einberufene Reichsbankverleiherkonferenz lehnte auch diesmal wieder einstimmig jede Verleihung von Ueberstunden ab und hielt ihre Forderung eines Aufstundentages von 20 Prozent aufrecht.

Der DMR, Hamburg hat das im September vorigen Jahres durch die Verbindlichkeitsklärung des schwarzlohnigen Arbeitersolidaritätsbundes verlangte Lohnabkommen zum 31. März gekündigt.

Der Gewerkschafts- und Staatsarbeiterverband und der christliche Verband der Arbeiter in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen der Ortsgruppe Witten haben die bisherigen Lohnsätze für die hiesigen Staatsarbeiter zum 31. März gekündigt.

Der Gewerkschafts- und Staatsarbeiterverband und der christliche Verband der Arbeiter in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen der Ortsgruppe Witten haben die bisherigen Lohnsätze für die hiesigen Staatsarbeiter zum 31. März gekündigt.

Der Gewerkschafts- und Staatsarbeiterverband und der christliche Verband der Arbeiter in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen der Ortsgruppe Witten haben die bisherigen Lohnsätze für die hiesigen Staatsarbeiter zum 31. März gekündigt.

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 8 - Donnerstag, den 3. März 1927

Rationalisierung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Keine Minute über 8 Stunden! Das war die vom Bergarbeiterverband im Dezember herausgegebene Parole. Zum Januar 1927 kam die Frage des Kampfes praktisch auf der Tagesordnung. Am 2. Januar fand eine Gewerkschafts-Versammlung des Bezirks in Halle statt, auf der die Annahme der Verlängerung des Mehrarbeitslohns aus dem Niederklagen-Jahre 23 beschlossen wurde. Die Kraft der mitteldeutschen Bergarbeiter reichte noch nicht aus, über diese Einwilligung der Verbändeleitung inneweg den notwendigen Kampf aufzunehmen.

„Gründliche Vorbereitung auf den 30. April! Fortsetzung der Kampfesfront!“ ist nun die Parole. Denn bis zum 30. April wurde das 12-Stunden-Arbeitsnormen noch nicht verlängert.

Die Bergarbeiterschaft hat in zahlreichen Erfahrungen und besonders bei der letzten Kampagne gelernt, daß die falsche Politik der Gewerkschaften sie nicht verleihten, daß zum Kampf gegen die Gewerkschaften als notwendige Organisationen der Arbeiterschaft sie muß innerhalb des Bergarbeiterverbandes kämpfen um eine ernsthafte Mobilisierung und Mithilfe zum 30. April. Die bevorstehenden Betriebsratswahlen müssen dazu dienen, auf allen Gruben Arbeitervereinigungen zu erhalten, die von Klassenbewußtsein und Kampfbereitschaft durchdrungen sind und die, von Grube zu Grube, den festen Kontakt der Arbeitermassen herstellen.

Das vorliegende Wirtschaftsmaterial gibt jedem Handhaber die Auffassung seiner Kollegen und für gründliche Auseinandersetzungen mit den reformistischen Anschauungen. Jeder bewahre es auf und mache bei allen sich täglich bietenden Gelegenheiten Gebrauch davon.

Obwohl im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sich die Rationalisierung und Technisierung der Betriebe in der Hauptsache in den Jahren 1921/22 und 1923 vollzogen, gab dieser Rationalisierungskampf noch kein Ende gefunden, sondern setzte sich in den Jahren 1924, 1925 und 1926 weiter fort. Wenn auch die Produktion in den ersten drei Jahren nicht so gut gelungen ist, wie in den drei vorhergehenden Jahren, so bemerken doch die nachfolgenden Zahlen, daß die Produktion, die Betriebsleistung sowie die Kostensteigerung stets zugenommen haben, während die Belegschaften abgenommen sind.

Produktion und Belegschaftsziffer

Es betrug die Produktion:			
Jahr:	Kohle T.	Briftlets T.	Koks T.
1924	91 265 902	22 252 106	381 962
1925	96 956 978	24 287 720	396 454
1926 (vorl. Ergebnis)	95 468 218	24 431 045	—

Verglichen die Förderung im Monat Dezember der letzten drei Jahre zeigt sich folgendes Bild:

Jahr:	Kohle T.	Briftlets T.	Koks T.
Dezember 1924	8 700 015	2 105 893	31 817
Dezember 1925	8 749 283	2 149 221	33 915
Dezember 1926	8 749 283	2 149 221	33 915
Dezember 1926	9 026 577	2 250 491	36 450

In derselben Zeit ging die Belegschaftsziffer wie folgt zurück:

Jahr:	Belegschaft T.
Dezember 1924	88 829
Dezember 1925	82 331
Dezember 1926	78 742

Die Zahlen sind alle entnommen den Angaben des Mitteldeutschen Braunkohlenindustrie-Vereins. Aus ihnen geht hervor, daß von 1924 bis 1926 die Kohlenförderung um 6 Prozent zugenommen ist, die Briftletsförderung um 8 Prozent, die Kokssteigerung um 3,5 Prozent. In derselben Zeit sank die Belegschaftsziffer um 7,4 Prozent.

Verglichen den Monat Dezember 1925 mit dem Monat Dezember 1926 ergibt sich eine Steigerung der Kohlenförderung um 0,2 Prozent; der Briftletsförderung um 4,7 Prozent und der Kokssteigerung um 7,5 Prozent. In derselben Zeit fällt die Belegschaft um weitere 4,5 Prozent.

Im Ganzen liegt die Kohlenförderung von 1924 bis 1926 um 5,2 Prozent, während die Belegschaftsziffer um 11,9 Prozent sinkt.

Wie stark und scharf die Ausbeutung der Bergarbeiter vor sich gegangen ist, zeigt auch die Statistik über die Leistung des einzelnen Arbeiters pro Kopf und Schicht. Nach der Statistik des Mitteldeutschen Braunkohlenindustrie-Vereins betrug die

Leistung pro Kopf und Schicht

Jahr:	Kohle T.	Briftlets T.	Koks T.
Dezember 1923	2,60	0,60	0,01
Dezember 1924	3,00	0,70	0,01
Dezember 1925	4,00	1,00	0,01
Dezember 1926	4,50	1,10	0,01
Dezember 1926	4,60	1,10	0,01

Im Jahre 1918 betrug dagegen die Leistung pro Kopf und Schicht nach den Angaben der „Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen“ für die Gesamtbelegschaft im ostelbischen Braunkohlenbergbau 3,9 und im westelbischen Gebiet 3,7 Tonnen. Die Leistung der eigentlichen Bergarbeiter, also nur der mit der Kohlenförderung direkt beschäftigten Arbeiter, betrug 1918 im Untertage-Bergbau 4,8 Tonnen und im Ubertage-Bergbau 6,3 Tonnen. Diese Zahlen der Vorkriegszeit, verglichen mit der eigenen Kopfleistung der Bergarbeiter, ergeben, daß im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft im Dezember 1926 eine Steigerung der Leistung um 17,9 Prozent gegenüber dem Jahre 1918 zu verzeichnen ist.

Die Gegenüberstellung der Leistung für die eigentlichen Bergarbeiter im Ubertage-Bergbau von 6,3 Tonnen 1918 mit der Leistung von 8,6 Tonnen im Dezember 1926 zeigt sogar eine Steigerung um 37 Prozent. Bei dieser außerordentlichen Steigerung der Kohlenproduktion und der Leistung der Bergarbeiter sind aber die 25 5/8 ne in ihrem realen Wert nur sehr gering gelitten. Sie sind noch nicht einmal an den Reallohn des Jahres 1913 herangekommen. Nachfolgende Zahlen beweisen das.

Die Löhne im Braunkohlenbergbau

Jahr:	eigenl. alle Berg- Erwerb. arbeiter	ostelbisch eigenl. alle Berg- Erwerb. arbeiter	westelbisch eigenl. alle Berg- Erwerb. arbeiter	Ubertage- Erwerb. arbeiter	Ubertage- Erwerb. arbeiter
1913	4,91	3,58	4,56	4,04	4,33
1924	4,92	4,43	4,96	4,60	5,42
1925	5,55	5,36	6,10	5,67	6,65
1. Quart.	—	5,62	—	6,02	—

Diese Zahlen sind der preussischen Lohnstatistik entnommen. Für die letzten Monate 1926 liegt die preussische Lohnstatistik noch nicht vor. Nach den Angaben des Mitteldeutschen Braunkohlenindustrie-Vereins betrug der Lohn aller Bergarbeiter im Durchschnitt:

April 1926	= 5,98 Mark.
September 1926	= 6,14 Mark.
November 1926	= 6,28 Mark.

Diese Löhne, verglichen mit den Reichsindexziffern, ergeben für das Jahr 1926 einen Reallohn gegenüber dem Jahre 1913 von 89,3 Prozent für die Bergarbeiter weitlich der Elbe, und 82 Prozent für die Bergarbeiter östlich der Elbe. Für das Jahr 1926 ergibt sich für den gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ein Reallohn von 94 Prozent im ersten Quartal 1926, im April ein solcher von 89 Prozent, im September 88 Prozent und im November 1926 von 95 Prozent.

Steigen der Aktienkurse

Es ist ganz natürlich, daß während der großen Produktionssteigerung und der mangelhaften Löhne die Aktien der einzelnen Braunkohlenunternehmen außerordentlich stiegen. Ein Vergleich der Bewertung der einzelnen Aktien an der Berliner Börse zeigt folgendes Bild:

am 2. Januar 1926	am 3. Januar 1927
Anhalter Kohlenwerke	42,12 / 127,75
Braunkohlen-Briftindustrie	82,75 / 176,50
Braunschweiger Kohlenwerke	112,50 / 208,00
Niederläufiger Kohlen	80,50 / 185,00
Westfälischer Weisener Werke	105,00 / 199,25
Riesels-Konten	68,50 / 185,50
Rheinische Braunkohle	111,75 / 253,75

Diese Notierungen zeigen, daß bei den Anhalter Kohlenwerken die Aktien im Januar 1927 um 203 Prozent höher bewertet wurden als im Januar 1926. Die höchste Bewertung, die die Westfälischer Weisener Werke hatten, betrug aber auch noch 89 Prozent.

Daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau außerordentliche Gewinne macht, geben die Grubenbesitzer selber zu. Der Generaldirektor Platfischet schrieb am 7. November 1926 einen Artikel im „Berliner Börsen-Courier“. Nach den dort gemachten Angaben haben 13 mitteldeutsche Braunkohlenunternehmen folgende Gewinne gemacht, die in der Bereitung der Dividende sowie in Abschreibungen zum Ausdruck gekommen sind.

Unternehmer-Gewinne

1913	1924	1925	1926
Gesamte Kohle:	27 070 130 T.	44 190 958 T.	47 675 530 T.
Dividende wurde ausbezahlt:	13 892 700 Mk.	18 887 981 Mk.	18 564 815 Mk.
Dividende p. T. gefördert:	0,49 Mk.	0,31 Mk.	0,39 Mk.
Abreibungen betragen:	14 676 931 Mk.	17 238 906 Mk.	21 037 326 Mk.
pro T. Förderung:	0,54 Mk.	0,39 Mk.	0,44 Mk.

Diese Angaben der Grubenbesitzer zeigen, daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau bei den höchsten angestrichelten Unternehmensgewinnen allein einen Gewinn von 39 662 144 Mark gebracht hat, wenn die Abschreibungen mit geringen Ausnahmen ebenfalls zum Gewinn hinzugerechnet werden.

Aus demselben Artikel des Direktors Platfischet geht auch hervor, welche Gewinne pro Mann und Schicht und gefördert Tonne Kohle gemacht werden. Nachfolgende Tabelle zeigt:

Braunkohlengruben:	Reineigewinn pro Tonne gefördert Kohle		Reineigewinn pro Mann u. Schicht bei einer Leistung von	
	1924	1925	3,5 T.	4,5 T.
Sübertus	0,35	0,19	1,22	0,86
Robbergrube	0,56	0,41	1,96	1,85
Rhein. Braunkohle	0,57	0,57	1,99	2,56
Anhaltische Kohlenwerke	0,13	0,20	0,43	1,36
Caroline	0,87	0,93	3,04	4,18
Fortschritt	0,12	0,14	0,42	0,63
Salleische Pfannenstraße	0,16	0,28	0,56	1,26
Beonhardgrube	0,32	0,28	1,12	1,17
Erzgebirg	0,80	0,54	2,80	2,43
Waltlich	0,61	1,06	2,23	4,77
Eintracht	0,51	0,38	1,78	1,71
Ne	0,69	0,69	2,41	3,16
Niederläufiger	0,42	0,38	1,47	1,71
Wönnitz	0,44	0,48	1,54	2,16

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß der größte Profit auf der Weltlagere mit 4,77 Mark pro Kopf und Schicht des Arbeiters herausgeschüttet worden ist. Selbst der niedrigste Profit auf der Grube Fortschritt mit 0,38 Mark pro Kopf und Schicht ist ein ansehnlicher Gewinn. Jeder Bergarbeiter wäre froh gewesen, wenn er diese 68 Pfennig jede Schicht mehr nach Hause gebracht hätte, als daß sie von den Schlemmern irgendwo in Luzernsäcken verpraktet worden sind.

Konzentration der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie

Während des Rationalisierungsprozesses hat sich auch eine starke Konzentration in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie vollzogen. Fast die gesamte Kohlenförderung und Briftletssteigerung verteilt sich auf sechs Unternehmen. Es entfallen von der Produktion:

Unternehmen:	Kohle %	Briftlets %
auf Va. Janas Beisfel	4%	23%
auf Va. Julius Beisfel	4%	14%
auf Va. C. G. G.	3,5%	18%
auf Va. C. G. Farben	30%	8%
auf Va. Michael-Konzern	2,5%	10%
auf Va. Elektromerle	23%	6%

Diese sechs Unternehmen sind untereinander wiederum durch Aktienbesitz usw. verbunden.

Es entfallen demnach 87 Prozent der Briftletssteigerung auf die sechs Unternehmen, während nur 13 Prozent auf die weiteren 81 kleineren Unternehmen entfallen. Von der Kohlenförderung entfallen 76 Prozent auf die vorgenannten sechs Unternehmen und der Rest von 24 Prozent auf die weiteren zehn kleineren Unternehmen.

Die Auffstellung zeigt auch, daß die C. G. Farben und die Elektromerle über 62 Prozent der Kohlenproduktion Mitteldeutschlands verfügen.

Die Verdrängung der Braunkohlenindustrie mit anderen Industrien zeigt folgende Gegenüberstellung:

Vom Handel und handeltreibender Industrie werden beherzigt 61 Prozent der Briftletssteigerung und 28 Prozent der Kohlenförderung.

Die Chemische Industrie beherzigt 16 Prozent der Briftletssteigerung und 20 Prozent der Kohlenförderung.

Die Elektroindustrie 11 Prozent der Briftletssteigerung und 38 Prozent der Kohlenförderung.

Die vorgenannten drei Industriezweige beherzigen demnach 88 Prozent der Briftletssteigerung und 86 Prozent der Kohlenproduktion.

Dieser feste Zusammenhang der Braunkohlenindustrie mit der übrigen Industrie macht auch den festen Zusammenhang der mitteldeutschen Chemiarbeiter und der Arbeiterhaft aus der Elektroindustrie mit der Bergarbeiterschaft notwendig zur gemeinsamen Kampfesführung um Lohn und Arbeitszeit.

Goldene Perspektiven für die Elektro-Industrie

Auf der Generalversammlung der „Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft“ (AEG), des größten deutschen Elektrozentrums, hielt der Generaldirektor Dr. Deusch eine Rede, die wegen ihrer günstigen Perspektiven für die Industrie und auch für die Arbeiter in Bezug auf die bevorstehenden Lohnsteigerungen in der Metallindustrie von großer Bedeutung ist. Er führte aus: Die Aufnahmefähigkeit des Marktes für elektrische Energie sei so bedeutend, daß der Markt von einer Sättigung weit entfernt sei. Der Strombedarf wachse so schnell an, daß die Versorgung und die Verteilung nicht nachkommen könnte.

Fast alle Verteilungsnetze, welche den Strom an den Kleinverbraucher heranbringen, sind viel zu schwach, um der zu erwartenden Verbraucher- und Erhöhung des Strombedarfes gerecht werden zu können. Sie sind vielfach so schwach, daß man die Elektrizitätswerte an unbilligen Tarifen trotz der Wertminderung ihrer Anlagenteile, glauben festhalten zu müssen, um nicht in dem wie ein Bodensee anstehenden Stromverbrauch zu ertrinken. Das gleiche gilt von der Maschinenleistung der Kraftwerke.

Entsprechend den außerordentlich günstigen Perspektiven der deutschen Energiewirtschaft ist auch ein bedeutender Bau von Großkraftwerken, des profitabelsten Geschäftes für die Elektroindustrie, zu erwarten. Der technische Fortschritt durch Hochspannung macht die Anlage von Kraftwerken an den günstigsten Standorten unabhängig von den Verwendungsarten der Energie möglich. Man erwartet zahlreiche neue Aufträge auf große Energieanlagen.

„Nach in den von der AEG. bearbeiteten Gebieten des Auslandes liegen zum Teil ähnliche Verhältnisse vor. Es darf deshalb eine rasche Entfaltung mit dem Bau von Zentralfabriken erwartet werden. Die Verwaltung sieht sogar die Entfaltung mit einer gewissen Sorge entgegen, denn sollte sich die allgemeine Wirtschaftslage sprunghaft verbessern, dann wird sich ein Stromhunger einstellen, der nur an wenigen Plätzen Deutschlands glatt bedient werden kann.“

Aus der Rede des Geheimrats Deusch ist zu entnehmen, daß die erwarteten Aufträge dem Konzern ganz besonders große Profite abwerfen werden, denn im Gegensatz zu früher werden die Bauten in Angriff genommen und die Materialien fabriziert, in einem Riesendebetriebe, der von oben bis unten durchorganisiert ist. Deusch spricht von einer bedeutenden Beschleunigung des Rationalisierungsprozesses, von modernen Transportanlagen und von der Einführung vieler Kilometer von transportfähigen und laufenden Bändern in der AEG.

Vermehrung der eingehenden Aufträge in übermäßigem Ausmaß und Entlastung der Produktionskosten, das sind also die wichtigsten Kerngebiete der Situation, die der Leiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft selber als charakteristisch für die Entfaltung anspricht. Fügt man noch hinzu die Tatsache, daß der Konzern auf die Kohleverwertung und Gasenergieerzeugung in erheblichem Maße Einfluß genommen hat und dadurch sein Interessesgebiet auf ausgedehnte Kapitalanlagegebiete beträchtlich erweitert, so muß der gegenwärtige Entfaltungszustand der AEG. als außerordentlich befriedigend angesehen werden — wenigstens für ihre Aktionäre und Direktoren. Für die Arbeiterhaft wird die Lage nur dann befriedigend werden, wenn sie es versteht, im Kampfe mit dem Unternehmertum wieder eine Besserung ihrer Lage zu erreichen.

Ein Metallwalzwerks-Trauf

Eine bedeutende Verschmelzung in der Walzindustrie vollzieht sich gegenwärtig in Deutschland. Das Wälzen von Stahlbleichen, die Haupt-Walzwerk im Land, ist in eine neue Betriebsform konzentriert, die für eine ganze Reihe großer Industrien, besonders der Elektroindustrie, um unentbehrliche Halbfabrikate liefern. Das „Allgemeine Walzwerk“ in Werdohl, deren bekanntes Aluminium-Walzwerk liefert den Anteil zur Interzonenwerke, ist ein neues Walzwerk-Trauf zusammengeschlossen. Das Aktienkapital dieses Traufs beträgt 16 Millionen Mark, wobei bereits zur Wiederherstellung einer ausreichenden Rentabilität bei den drei Gründungsgesellschaften harte Kapitalabstriche vorgenommen worden sind.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Industrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: 12 Pf. monatlich 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Reichsdruckerei für den Bezirk Halle-Merseburg, Schmidt, Halle, Reichendammstr. 14. Anzeigenpreis: 15 Pfennig für den Zehnermeter Höhe und Breite; 70 Pfennig für Restteile im Zertitel. Manuskripte zu richten nach Halle, Reichendammstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22231. Telegramm-Adr.: „Klassenkampf“ Halle. Telefon: Commerce u. Privat-Verkehr, Halle. Postfach: Leipzig 106848 Brit. Post, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Donnerstag, 3. März 1927

7. Jahrgang * Nr. 52

Der XI. Parteitag der KPD.

Im Zeichen kommunistischer Selbstkritik

(Von unserem zum Parteitag entsandten Vertreter)

Essen, 2. März.

Der Parteitag hat heute seine Arbeiten aufgenommen. Nach den Begrüßungsreden der verschiedenen Brüderteile und verschiedenen Organisationen, nach der Begrüßung der Delegierten, nach dem von den Delegierten, nach dem von den Delegierten, nach dem von den Delegierten...

Zwei Referate füllten den Tag aus: Genosse Döngel erstattete den vollständigen Bericht über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Zwei Referate — die aber ein sinnvolles Ganzes bildeten. Ein einzelner Zusammenhang verband sie, eine einheitliche Linie hob sich aus allen Einzelfragen und Problemen heraus: diese Linie ist hier aufgestellt.

Die Fragestellung des Genossen Döngel lautete: inwiefern hat die Partei die Forderungen, die im Offenen Brief des G. K. P. im März nach dem 10. Parteitag erhoben wurden, erfüllt? An der Hand dieser Fragestellung entwarf Döngel ein Gesamtbild von der Entwicklung der Partei seit dem Offenen Brief. Eine Bilanz der Arbeit der Partei. Aber keine Schwärzerei, kein halbeschwärzerei, keine Schwärzerei und Bejammerei, sondern eine sachliche, strenge Kritik der Arbeit. Unter Verhältnis zur kommunistischen Internationale, die Frage der innerparteilichen Demokratie, unsere politische Erziehungsarbeit, und die Hauptfrage: die großen im Zeichen der Einheitsfrontpolitik geführten Bewegungen werden vom Genossen Döngel eingehend behandelt. Kein Selbstlob. Die Mängel und Schwächen werden sogar stärker hervorgehoben, als die Erfolge. Gut so. Denn die Erfolge sind ja be-

kannt und sprechen für sich. Freilich wird es auch nötig sein, in der Diskussion die Kritik von der notwendigen allgemeinen Form in konkrete Formen zu überleiten. Das ist die Aufgabe der Bezirke, die ihre Redner stellen werden.

Thälmann spricht. Ein großzügiges, sorgfältig durchgearbeitetes Referat. Man begreift die Wichtigkeit nicht der allgemeinen Linie, sondern auch der besonderen Formulierungen. Trotz der langen Dauer (drei Stunden) wird das Referat von den Delegierten bis zum Ende mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen. Die großen Grundfragen werden scharf herausgearbeitet. Hier bleibt kein Platz für Zweideutigkeiten, für willkürliche falsche Auslegungen. Die Generallinie der Partei wird aufgeführt. Mander Delegierte denkt zunächst, das und das habe ich ja schon oft gehört, das ist ja nichts neues. Aber am Ende wird es doch allen klar, daß in diesem Gesamtzusammenhange auch das schon früher Gesagte eine neue Betonung und Bedeutung erhält. Der Sinn unserer Einheitsfrontpolitik wird noch einmal präzisiert. Die Bedingung für ihre Durchführung war der Sieg der Partei über die Ultralinken. Thälmann formuliert: „Der Sieg über die Ultralinken hat eine historische Bedeutung in der Geschichte der Partei. Ohne diesen Sieg wäre die Partei ein Werkzeug in den Händen der Feinde der Sowjetunion geworden.“ Lebhafte Zustimmung im Sinne solcher Zustimmung sind das Echo dieser Sätze.

Mit aller winzigen Notwendigkeit wird auch gefragt: Niemals irgendwelche Konzeptionen auch gegenüber dem Opportunismus von rechts. Wir haben gelernt aus 1923.

Es liegt an uns, es liegt an der Partei, das Tempo der revolutionären Entwicklung zu beschleunigen. Es ist nicht viel Zeit zu verlieren. Diese Schlussfolgerungen bestimmen die Generallinie der Partei.

Wählt Klassenbewusste Betriebsräte

Wir entnehmen diesen Auftrag dem „Arbeiterzeitung“, der Betriebsrätegewerkschaft der Klassenbewussten Betriebsräte. Der Arbeiterzeitung ist für den Preis von 50 Pf. vierteljährlich bei der Post zu bestellen.

K.B. Die Betriebsrätegewerkschaften finden in diesem Jahre unter dem Beginn des offenen Reichstages, unter der Regierung der Junker und Schlotbarone statt. Diese Aufgabe gibt allen Arbeitern Anlaß, bei den Betriebsrätegewerkschaften alle Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen:

1. Welche sozialen Auswirkungen und welche Auswirkungen für die Position der Arbeiter in den Betrieben nach diese Auswirkungen haben, und was muß geschehen, um mit Erfolg gegen sie zu kämpfen?

2. Wie konnte es so weit kommen, und welche Politik ist notwendig, um die Diktatur der Kapitalisten zu brechen, hat die Arbeiterklasse wie bisher durch die Sozialdemokratie zur Passivität und zur Unterwerfung der kapitalistischen Diktatur zu führen?

Die Regierung des offenen Reichstages wird auf sozialdemokratischen Gebietes zwar nichts Grundätzlich Neues bringen — das hat sie bei der letzten Reichstagswahl gegenüber den sozialdemokratischen Regierungspolitik nicht nötig — aber sie wird das, was von den früheren Regierungen bereits an reaktionären, arbeitserniedrigenden Maßnahmen eingeleitet wurde, noch brutaler durchzuführen. Insbesondere wird die Staatsmacht noch härter als bisher für die Unterwerfung der Arbeiterklasse eingesetzt werden. Das kapitalistische Schließungswehen, welches durch die sozialdemokratische Politik zum entscheidenden Faktor in der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geworden ist, wird noch konsequenter und intensiver nach den Wünschen des Unternehmertums arbeiten. Der Lohnkampf der Arbeiter gegen jede Verbilligung der Arbeitskraft, das Lohnunterliegen durch das Reich und Abbruch durch entsprechende Anweisungen an die Gemeinden ist bereits jetzt eine Aufgabe, die sich der sozialdemokratischen Partei stellt. Die Wolltätigkeit der Betriebsräte in den Betrieben wird durch das getriggerte Maßnahmewesen des Unternehmertums noch weiter geschwächt, wenn nicht die Arbeiterklasse durch geschickte Aktivität der Situation der Kapitalisten eine kampfbereite Front entgegenstellt. Die Tätigkeit des Unternehmertums zur Verletzung der Arbeiterbewegung mit gelben Vereinen, Sportvereinen usw. wird noch größeren Umfang annehmen, nationalistische, Kolonialpropaganda, die Erziehung Deutschlands in die imperialistische Front gegen Sowjet-Rußland weiter forciert werden.

Die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung haben die Massen zu einem wirtschaftlichen Kampf gegen die Regierung der Junker und Schlotbarone nicht angereizt. Ihre ganze Haltung in der Vergangenheit und Gegenwart zeigt, daß sie auch unter der unerschütterlichen Reichsregierung, die die Arbeitsgemeinschaften politisch fortsetzen wollen. Sie werden Scheinopposition machen, aber sie werden ebenso wie bisher alle Entscheidungen der von den Unternehmern geleiteten kapitalistischen Schließungsmaßnahmen kampflös hinnehmen. Der Verlauf der Arbeiterbewegung im mitteldeutschen Raum ist ein Beweis, daß alle Entscheidungen der letzten Zeit beweisen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auch unter der Regierung des Blochs der Junker und Schlotbarone nicht an die Durchführung enger Kampfe denken, daß sie es ablehnen, wirklich die ganze Macht der Gewerkschaften in Massenaktionen gegen die Bourgeoisie einzusetzen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben auch im vorletzten Jahre nicht das geringste zur Zusammenfassung der Betriebsräte getan, damit diese als aktiver Kampffaktor der Arbeiterbewegung dienen können. Einige Industrie- und Textilbetriebe der Betriebsräte, welche von den Gewerkschaften organisiert wurden, brachten keine feste Zusammenfassung dieser Betriebsräte und wurden unpolitisch, oft nur mit Lippen über Technik usw. aufgejogen.

Soweit die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nach dem Zustandekommen der Reichsregierung von sich fundiert haben, sprechen, geschieht es, wie überhaupt ihre reaktionären Worte gegen die Reichsregierung, unter dem Gesichtswinkel der Parteipolitik zur Vorbereitung der nächsten Reichstagswahl.

Aus alledem ergibt sich, daß die deutliche Arbeiterklasse, wenn sie sich nicht politisch, gewerkschaftlich und sozial immer tiefer herausbrüden lassen will, wenn sie den Sinn der Entwicklung bis zum Bürgerkrieg versteht,

zur Schließung greifen

muss, d. h. zur Organisation der kampfbereiten, revolutionären Front der Arbeiter in den Betrieben und der Erwerbslosen mit Heranziehung aller Werkstätten. Die Arbeitsgemeinschaften und Koalitionspolitik der Sozialdemokratie hat der Bourgeoisie erst die Möglichkeit gegeben, wieder so froh aufzutreten, wie das heute geschieht. Diese Arbeitsgemeinschaftenpolitik war aber nur möglich, weil breite Massen der Arbeiterklasse bis heute noch nicht die Kraft und Entschlossenheit gewonnen haben, um gegen die sozialdemokratische Politik in den Reihen der revolutionären Opposition zu kämpfen. Viele haben die Gewerkschaften verlassen, haben indifferent behelligt und helfen dadurch der Bourgeoisie und den sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitikern. Angeht die offene Reichsregierung als Reaktant der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaftspolitik und als neue Etappe in der Zurückdrängung und Niederwerfung des Proletariats durch die Bourgeoisie gilt es, einen entscheidenden Schritt vorwärts zu machen in der Mobilisierung und Einziehung breiterer Massen. Die bisherige Politik der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaftspolitik ist abgelehnt.

Die Betriebsrätegewerkschaften sind bei der Bedeutung der Betriebsräte als Vertretung der Gesamtarbeiterkraft in den Betrieben und als mächtige gewerkschaftliche Funktionen ein Ergebnis, bei dem sich zeigen muß, welche Fortschritte die Klassenbewusstheit gegen-



Der Schiedsspruch für die Frankfurter Chemiarbeiter

Die Chemiarbeiter

(Eig. Meld.) Frankfurt a. M., 2. März.

Der Schiedsspruch für Sektion 7 der chemischen Industrie, für den eine Tarifratsversammlung bis zum 28. Februar gestellt war, ist von beiden Parteien an diesem Tage angenommen worden. Dadurch wurde die Verhandlungsphase durch den Reichsarbeitsminister hinlänglich. Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben den vollständigen ungenügenden Schiedsspruch mit einer Lohn-erhöhung von nur 10 Prozent, der bis zum 28. Februar 1928 gilt, und in welchem eine eintägige Lohnsenkung bis zu 20 Prozent schon mit abgefolgt ist, ohne weiteres akzeptiert.

Durch die Annahme dieses Schiedsspruches haben die Gewerkschaften, in Einverständnis mit dem Unternehmertum, die umfassende und geschlossene Kampffront, welche durch die Tarifkämpfungen im böhmischen, mitteldeutschen sowie links- und rechtsrheinischen Gebiet geschaffen ist, gesprengt. Der Vorstoß der Opposition, die Annahme des Schiedsspruches für das Frankfurter Gebiet mindestens so lange zu verhindern, bis ersichtlich ist, welches Ergebnis für die anderen Gebiete herauskommt, wurde in selbstverständlicher Weise von der reformistischen Verbandsbürokratie in den Hintergrund geschoben. So ist die Möglichkeit, durch Steigerung des Druckes der Chemiarbeitern den Schiedsspruch für das Frankfurter Gebiet zu verhehlen, verhindert worden. Es besteht damit die Gefahr, daß die Lohnergebnisse in den übrigen Tarifgebieten nun auch schlechter ausfallen. Um das zu verhindern, muß jeder Chemiarbeiter unbedingt dafür sorgen, daß die Lohnbewegung noch mehr gesteigert und die Aktivität der Arbeiterkraft gehoben wird. Die Gewerkschaftsführer müssen gezwungen werden, am 31. März die Kündigung des Arbeitsverhältnisses in der chemischen Industrie herbeizuführen.

Von der am kommenden Sonntag in Halle tagenden Konferenz des Fabrikarbeiterverbandes (Sektion Chemie) erwartete die Arbeiterzeitung, daß auf Grund der Frankfurter Ereignisse und im Interesse der mitteldeutschen Chemiarbeiter die Frage der gewerkschaftlichen Kampfstrategie erneut gründlich aufgeworfen und eingehend im Kreise vorgetragen wird. Was früher, als der mitteldeutsche Bezirk noch nicht die zentrale Bedeutung für die Chemieindustrie hatte, möglich war, muß auch heute wieder geschehen. Die Forderung der Reue-Arbeiterzeitung, den Lohnkampf zu kündigen und den Kampf um mindestens 25 Prozent Lohnsenkung ernstlich zu organisieren, ist der Ausgangspunkt für die Konferenz.

Die Berliner Wagnis-Funktionäre für Tarifkündigung

Berlin, 2. März.

Die am 22. Februar tagselnde Funktionärskonferenz der Wagnis-Fabrikantenindustrie H.-G. Werl Treptow (Wagnis) fordert, da ein großer

Berlin. Nach einer Mitteilung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten hat sein Zentralvorstand in einem Schreiben an das Reichsarbeitsministerium den Schiedsspruch vom 28. Februar d. J. abgelehnt, da kein Anhalt nicht geeignet erscheine, den Tarifkonflikt im Bankgewerbe zu beilegen.

Für Achtstundentag und höheren Lohn

Die Direktion der Reichspostverwaltung hat am Sonnabend gestrichelt die Forderung der Reichspost, die mit übertragener Mehrheit beschlossen hatte, jede Arbeitsstunde abzubauen, umzusetzen. Die zu dem Zwecke der normalsten Stellungnahme am 1. März einberufene Reichspostversammlung lehnte auch diesmal wieder einstimmig jede Forderung von Überstunden ab und hielt ihre Forderung eines Achtstundentages von 20 Prozent aufrecht.

Der D. P. R. Bund hat das im September vorigen Jahres durch die Reichsindividuelle Erklärung des Reichsarbeitsministers Braun verlangte Lohnabkommen zum 31. März gekündigt. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und der christliche Verband der Arbeiter in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen der Ortsgruppe Wagnis haben die bisherigen Lohnsätze für die beteiligten Staatsarbeiter zum 31. März gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Fürther Arbeitervereins der Holz- und Metallindustrie, der Spezialindustrie, der Spiel- und Metallwarenindustrie und der Elektro-Industrie gekündigt.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten der Ortsgruppe Wagnis hat mit Rücksicht auf die seit 1925 trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung unverändert gebliebenen Gehälter und Gehaltssteuern des Nürnberg-Für